



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. Juli 2010, Nr. 13

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Benachrichtigung in Nachlasssachen..... 192

Bekanntmachungen

Übersicht über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Jahr 2009..... 202

Personalnachrichten..... 216

Ausschreibungen..... 221

Allgemeine Verfügungen

Nr. 22. Benachrichtigung in Nachlasssachen

AV d. JM (3804 - I. 5) und RdErl. d. IM (14-38.01.04-1.1)
vom 15. Juni 2010 - JMBl. NRW S. 192 -

I.

Benachrichtigung des Standesamts von der Verwahrung einer Verfügung von Todes wegen

1

1.1

Die Notarin oder der Notar, vor der bzw. dem ein Testament errichtet wird, vermerkt auf dem Umschlag, in dem das Testament gemäß § 34 des Beurkundungsgesetzes zu verschließen ist, die folgenden Angaben:

1.1.1

den **Geburtsnamen**, die Vornamen und den Familiennamen der Erblasserin oder des Erblassers,

1.1.2

den Geburtstag und den Geburtsort; zusätzlich - soweit nach Befragen möglich - die Postleitzahl des Geburtsortes, die Gemeinde und den Kreis, das für den Geburtsort zuständige Standesamt und die Geburtenregisternummer,

1.1.3

die Art der Verfügung von Todes wegen, das Datum der Inverwahrung und die Geschäftsnummer bzw. die Urkundsnummer der verwahrenden Stelle.

1.2

Die Angaben zu Nr. 1.1.1 bis 1.1.3 vermerkt auch

- a) die Notarin oder der Notar, vor der bzw. dem ein Erbvertrag geschlossen wird (§ 2276 BGB), es sei denn, die Vertragsschließenden haben die besondere amtliche Verwahrung abgeschlossen (§ 34 Absatz 2 des Beurkundungsgesetzes) sowie
- b) die Rechtspflegerin oder der Rechtspfleger bzw. ggf. die Urkundsbeamtin oder der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle, die bzw. der ein eigenhändiges Testament in besondere amtliche Verwahrung nimmt (§ 2248 BGB).

1.3

Für den Umschlag soll ein Vordruck nach **Anlage 1** verwendet werden.

1.4

Wird ein Erbvertrag zwischen Personen, die nicht Ehegatten oder Lebenspartner sind, in Verwahrung genommen, sind die auf die Ehegatten- oder Lebenspartnereigenschaft hinweisenden Textteile des Vordrucks entsprechend zu ändern. Die Umschläge werden mindestens an drei Stellen des unteren Randes durch Heftung oder in anderer Weise dauerhaft miteinander verbunden. Um zu verhüten, dass die Verfügung von Todes wegen hierbei beschädigt wird, sollen die Umschläge vor dem Einlegen der Verfügung zusammengeheftet werden. Die Verfügung von Todes wegen ist in den obersten Umschlag zu legen; dieser ist zu versiegeln.

Sofern an einer Verfügung von Todes wegen mehr als zwei Personen als Erblasserinnen oder Erblasser beteiligt sind, ist für die dritte und jede weitere Person ein besonderer Umschlag zu verwenden.

1.5

Die Angaben zu Nr. 1.1.1 bis 1.1.3 vermerkt das Gericht in den Akten, wenn vor Gericht ein Erbvertrag in einem gerichtlichen Vergleich errichtet wird oder sonstige Erklärungen in den gerichtlichen Vergleich aufgenommen werden (§ 127a BGB), nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird.

2

2.1

Für die Benachrichtigung der Standesämter ist ein (mit der Schreibmaschine oder automationsunterstützt auszufüllender) Vordruck in hellgelber Farbe und einer Papierstärke von 130 g/m², mindestens aber 120 g/m² nach der **Anlage 2 a/2 b** zu verwenden. In der Anschrift ist das Standesamt möglichst genau zu bezeichnen.

2.2

Für die Benachrichtigung der Hauptkartei für Testamente bei dem Amtsgericht Schöneberg in Berlin ist ein Vordruck im Format DIN A 4 nach **Anlage 2 c** als Beleg für eine automationsgestützte Erfassung zu verwenden; hierfür sollte Papier der Papierstärke 80 g/m² verwendet werden. Der Vordruck wird nach der Erfassung der Daten vernichtet.

3

3.1

Das Standesamt versieht die ihm gemäß Nr. 2.1 zugehenden Verwahrungsnachrichten in der rechten oberen Ecke mit fortlaufenden Nummern und reiht sie nach dieser Nummernfolge in das Testamentsverzeichnis ein. Sobald die Zahl 100 000 erreicht ist, beginnt eine neue Reihe, die sich von der vorhergehenden durch Beifügung der Buchstaben A, B usw. unterscheidet.

3.2

Über das Vorliegen einer Verwahrungsnachricht und ihre Nummer ist ein gesonderter Hinweis in das Geburtenregister einzutragen. Wird der Vermerk über eine Verwahrungsnachricht in ein papiergebundenes Geburtenregister eingetragen, ist die Nummer der Verwahrungsnachricht am unteren Rand des Geburtseintrags der Erblasserin oder des Erblassers zu vermerken.

3.3

Erhält das Standesamt weitere Verwahrungsnachrichten, die den gleichen Geburtseintrag betreffen, so sind sie mit der ersten Verwahrungsnachricht fest zu verbinden; die weiteren Nachrichten erhalten keine besondere Nummer. Der Vermerk im Geburtenregister bleibt unverändert.

3.4

Wird dem Standesamt mitgeteilt, dass eine Verwahrungsnachricht gegenstandslos ist, so ist die Verwahrungsnachricht besonders abzulegen. Der Vermerk im Geburtseintrag ist zu streichen bzw. zu löschen, wenn keine weiteren Verwahrungsnachrichten vorliegen.

3.5

Erhält das Standesamt eine Verwahrungsnachricht, die eine Erblasserin oder einen Erblasser betrifft, deren bzw. dessen Geburt **nicht** in seinem Geburtenregister beurkundet ist, so hat es die Verwahrungsnachricht an das zuständige Standesamt weiterzuleiten oder, falls dieses sich nicht aus der Verwahrungsnachricht ergibt, an die absendende Stelle zurückzugeben. Betrifft die Verwahrungsnachricht in seinem Standesamtsbezirk Geborene, deren Geburt es nicht beurkundet hat, so hat das Standesamt die Verwahrungsnachricht an das Amtsgericht Schöneberg in Berlin (Hauptkartei für Testamente) weiterzuleiten. Von der Weiterleitung nach Satz 1 und 2 ist die absendende Stelle zu unterrichten. Diese hat die Nachricht an die Verfügung von Todes wegen oder an ein angefertigtes Vermerkblatt zu heften.

4

Das Amtsgericht Schöneberg erfasst die ihm gemäß Nr. 2.2 zugehenden Nachrichten in der nach Geburtsnamen, Vornamen und Geburtsdatum der Erblasserinnen und Erblasser geordneten Hauptkartei für Testamente.

II.

**Benachrichtigung des Gerichts
oder der Notarin bzw. des Notars vom Tode
der Erblasserin oder des Erblassers**

1

1.1

Wäre die Mitteilung über den Sterbefall (§ 42 Absatz 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV)) an ein inzwischen aufgehobenes Gericht oder Staatliches Notariat oder an eine namentlich bezeichnete Notarin bzw. einen namentlich bezeichneten Notar zu senden und ist bekannt, dass diese Dienststelle aufgehoben ist oder die Notarin oder der Notar aus dem Amt geschieden ist, oder kommt die an die Dienststelle oder das Notariat gerichtete Sterbefallnachricht als unzustellbar zurück, so ist sie an das Amtsgericht zu richten, in dessen Bezirk der Sitz der aufgehobenen Dienststelle (Gericht, Staatliches Notariat) oder der Amtssitz der Notarin oder des Notars gelegen war.

1.2

Ist das Testamentsverzeichnis vernichtet, sind die Geburtenregister aber erhalten geblieben, ist die Mitteilung über den Sterbefall dem für den letzten Wohnsitz der verstorbenen Person zuständigen Nachlassgericht zu übersenden.

1.3

Für die Benachrichtigung soll grundsätzlich ein Vordruck nach **Anlage 3** verwendet werden; die persönlichen Daten können auch durch einen auf der Vordruckrückseite abgelichteten Auszug aus dem Sterbeeintrag übermittelt werden. Die Benachrichtigung ist zu unterschreiben. Das Standesamt vermerkt auf der Verwahrungsnachricht den Tag des Abgangs der Mitteilung über den Sterbefall; bei erneuter Absendung einer als unzustellbar zurückgekommenen Nachricht ist der Vermerk zu ändern.

1.4

Sofern die Möglichkeit besteht, kann die Hauptkartei für Testamente bei dem Amtsgericht Schöneberg in Berlin die Benachrichtigung im Wege der automatisierten Datenverarbeitung erstellen und per Fernkopie weiterleiten. In diesen Fällen ist die Benachrichtigung mit dem Gerichtssiegel zu versehen; einer Unterschrift bedarf es dann nicht. Die Mitteilung über den Sterbefall wird im Falle der automatisierten Erfassung der Daten vernichtet. Gleiches gilt für die Sterbefallmitteilungen, bei denen sich bei Überprüfung des Datensatzes keine Eintragung ergibt.

2

2.1

Die benachrichtigte Stelle verfährt nach den Vorschriften der §§ 2259, 2300 Absatz 1 BGB, 348, 350 FamFG.

2.2

Geht bei einem Gericht, das nicht Nachlassgericht ist (beispielsweise bei dem Amtsgericht, bei dem sich eine Verfügung von Todes wegen in besonderer amtlicher Verwahrung oder gemäß § 349 Absatz 2 FamFG, § 2300 Absatz 1 BGB bei den Nachlassakten eines vorverstorbenen Ehegatten oder Lebenspartners befindet, oder bei dem Gericht, in dessen Akten eine Erklärung enthalten ist, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird), eine Sterbefallnachricht ein, so benachrichtigt es **unverzüglich** das Nachlassgericht vom Eingang der Mitteilung über den Sterbefall und vom Vorhandensein einer Verfügung von Todes wegen, sofern die Verfügung von Todes wegen oder die Erklärung, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird, dem Nachlassgericht nicht sofort übersandt werden können.

2.3

Erhält ein Amtsgericht eine Nachricht nach der vorstehenden Nr. 1.1 und werden die in Betracht kommenden Akten der aufgehobenen Dienststelle oder der Notarin oder des Notars nicht von diesem Amtsgericht verwahrt, so leitet es die Nachricht an das aktenverwahrende Gericht oder an diejenige Stelle weiter, bei der die Akten verwahrt werden.

3

Das Amtsgericht Schöneberg in Berlin gibt in entsprechender Anwendung der vorstehenden Nr. 1 der verwahrenden Stelle von dem Sterbefall Nachricht.

III.

Die Notarin oder der Notar, bei der bzw. dem die Sterbefallnachricht eines Standesamts oder der Hauptkartei für Testamente beim Amtsgericht Schöneberg in Berlin eingeht, hat diese **unverzüglich** an das Nachlassgericht weiterzuleiten, ohne Rücksicht darauf, ob eine Verfügung von Todes wegen bereits an das Nachlassgericht abgeliefert oder in die besondere amtliche Verwahrung gebracht worden ist. Ist den Angaben des Standesamts oder der Hauptkartei für Testamente beim Amtsgericht Schöneberg in Berlin nicht zu entnehmen, welches Gericht als Nachlassgericht zuständig ist, so ist die Stelle zu benachrichtigen, bei der die Verfügung von Todes wegen verwahrt wird.

IV.

Werden amtliche Vordrucke eingeführt, die eine maschinelle Beleglesung ermöglichen, so sind diese Vordrucke zu verwenden. Werden Textverarbeitungsgeräte eingesetzt, kann von der Verwendung der amtlichen Vordrucke in den Anlagen 1, 2 c und 3 abgesehen werden. Der **Inhalt** der Benachrichtigungen oder des Umschlags muss in jedem Fall dem Inhalt der durch den Einsatz der Textverarbeitung ersetzten Anlagen 1, 2 c und 3 entsprechen.

V.

Diese Anordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Zum selben Zeitpunkt werden die AV/der RdErl. vom 02. Januar 2001 (JMBl. NRW S. 17/SMBI. NRW. S. 242) sowie die AVen vom 8. November 2005 (JMBl. NRW S. 265) und vom 10. August 2007 (JMBl. NRW S. 206) aufgehoben.

Noch vorhandene Bestände der Anlagen 1 bis 3 in der bisherigen Fassung können aufgebraucht werden.

Anlage 1

zu der AV vom 15.06.2010
 Umschlag für Verfügungen von Todes wegen
 (Format DIN C 5, Größe des Aufdrucks 140 x 195 mm)

Verwahrungsbuch-Nr.

Personalien der Erblasserin/des Erblassers	der Ehefrau/Frau, der LPartnerin/des LPartners	des Ehemannes/Mannes, des LPartners/der LPartnerin		
Geburtsname		
Familienname		
Vornamen		
Geburtsstag		
Geburtsort, Gemeinde, Kreis		
Standesamt und Nr.		
..... , den Amtsgericht - - Notarin/Notar (Unterschrift)				
Gemeinschaftliches Testament	Erbvertrag	Urkunde	vom	Urk.Rolle-Nr.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
der Notarin/ des Notars	in			
Geschäfts-Nr.	des			
Nach Ableben	<input type="checkbox"/> des Ehemannes/Mannes, Lebenspartners eröffnet am		<input type="checkbox"/> der Ehefrau/Frau, Lebenspartnerin und wieder verschlossen.	
Ort, Datum	_____ Amtsgericht		_____ Rechtspfleger/in/UdG (Unterschrift)	

Anlage 2 a

zu der AV vom 15.06.2010
Verwahrungsnachricht - Vorderseite
(Format DIN A 5 - quer -)

Geschäftsstelle des
gerichts

Ort und Tag

Anschrift und Fernruf

Notarin/Notar

Geschäftsnummer

.....

(Bitte bei allen Schreiben angeben)

An das

Standesamt

Benachrichtigung in Nachlasssachen

Umstehend näher bezeichnete/s/r

- Verfügung von notarielle Urkunde über Urteil/Vergleich
Todes wegen die Änderung der Erbfolge

ist am unter

Verwahrungsbuch-Nr.
..... in besondere amtliche Verwahrung genommen worden

Geschäftsnummer
..... zu den Prozess-/Nachlassakten genommen worden

Urk.Rolle-Nr. beurkundet worden

Auf Anordnung

Anlage 2 b

zu der AV vom 15.06.2010
Verwahrungsnachricht - Rückseite
(Format DIN A 5 - quer -
Größe des Aufdrucks 130 x 195 mm)

T.-Nr.:

Personalien der Erblasserin/ des Erblassers Geburtsname Familiennamen Vornamen Geburtsstag Geburtsort, Gemeinde, Kreis Standesamt und Nr.	a) der Ehefrau/Frau, der LPartnerin/des LPartners	b) des Ehemannes/ Mannes, des LPartners/der LPartnerin
Gemeinschaftliches <input type="checkbox"/> Testament <input type="checkbox"/> Erbvertrag <input type="checkbox"/> Urkunde <input type="checkbox"/> vom Urk.Rolle-Nr.		
der Notarin/ des Notars	in	
Geschäfts-Nr.	des gerichts	
(Vom Standesamt auszufüllen) Nachricht über den Sterbefall abgesandt am an		

Anlage 2 c
zu der AV vom 15.06.2010
Verwahrungsnachricht (Format DIN A 4)

Geschäftsstelle des
gerichts

Ort und Datum

Notarin/Notar

Anschrift und Fernruf

Geschäfts-Nr.:

.....
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

An das
Amtsgericht Schöneberg
(Hauptkartei für Testamente)
10820 Berlin

Benachrichtigung in Nachlasssachen

Nachstehend näher
bezeichnete/s/r

- Verfügung von Todes wegen notarielle Urkunde über die Änderung der Erbfolge Urteil/Vergleich

ist am unter

- Verwahrungsbuch-Nr. in besondere amtliche Verwahrung genommen worden.
 Geschäfts-Nr. zu den Prozess-/Nachlassakten genommen worden.
 Urk.-Rolle-Nr. beurkundet worden.

Personalien der Erblasserin/ des Erblassers	a) der Ehefrau/Frau, der LPartnerin/des LPartners	b) des Ehemannes/Mannes, des LPartners/der LPartnerin
Geburtsname
Familienname
Vornamen
Geburtstag
Geburtsort
Standesamt und Nr.

<input type="checkbox"/> Gemeinschaftliches	<input type="checkbox"/> Testament	<input type="checkbox"/> Erbvertrag	<input type="checkbox"/> Urkunde	vom	Urk.Rolle-Nr.
der Notarin/des Notars	in				
Geschäfts-Nr.	des				
gerichts					

(vom Standesamt auszufüllen)

Nachricht über den Sterbefall abgesandt am an

Auf Anordnung

Anlage 3

zu der AV vom 15.06.2010
Mitteilung über den Sterbefall gem. II 1.3

Standesamt

Ort, Datum

.....

.....

An

- das Amtsgericht -

- Frau Notarin -

- Herrn Notar -

- das Notariat-

Zu der/dem

Verfügung von Todes wegen,

notariellen Urkunde über die Änderung der Erbfolge,

Urteil/Vergleich,

die/der/das dort unter

Verwahrungsbuch-Nr.

Geschäfts-Nr. verwahrt wird,

Urk.-Rolle-Nr.

Geschäfts-Nr. errichtet ist,

wird mitgeteilt, dass die nachstehend genannte Person verstorben ist:

Geburtsname	
Familiename	
Vornamen	
geboren am	in
letzter Wohnort	in
Standesamt	Sterberegister-Nr.

Das Standesamt

Bekanntmachungen**Nr. 10. Übersicht über den Geschäftsanfall
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
im Jahr 2009**

Bekanntmachung des JM
vom 11. Juni 2010 (1441 E - I. 1/10) - JMBl. NRW S. 202 -
(Letzte Übersicht für das Jahr 2008 im JMBl. NRW 2009, S. 159)

	2007	2008	2009
<u>Teil I. Amtsgerichte</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</u>			
1. Mahnsachen	2.127.774	2.125.325	2.218.647
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	324.022	324.250	319.148
2. Erledigte Verfahren	325.292	322.806	318.072
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	139.200	140.806	141.893
b) Erledigte Verfahren	325.292	322.806	318.072
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	35	54	49
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	378	350	315
3. Klageverfahren	281.097	286.392	287.704
4. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	15.779	15.595	14.781
5. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	28.003	20.415	15.223
3. Verteilungsverfahren	59	40	58
4. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	18.595	18.059	17.643
5. Zwangsverwaltungen	7.331	7.075	6.690
6. Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungssachen	767.036	785.281	760.844
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Streitverfahrens	6.565	6.332	6.172
<u>II. Familiensachen (Jahr 2009 = Januar bis August)</u>			
a) Geschäftsentwicklung			-
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	144.315	151.478	100.295
2. Erledigte Verfahren	138.534	147.656	100.056
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	106.712	109.241	109.379

b) Erledigte Verfahren	138.534	147.656	100.056
davon waren			
1. Scheidungsverfahren	52.567	55.549	37.436
2. Andere Eheverfahren	350	270	219
3. Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	3.005	3.253	3.156
4. Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	78.871	84.507	56.324
5. Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft	160	175	137
6. sonstige Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	28	31	20
7. Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	3.553	3.871	2.764
c) Unter den erledigten Scheidungsverfahren waren nur mit Versorgungsausgleich anhängig	41.543	44.926	30.247
d) Mit den erledigten Scheidungsverfahren waren an Scheidungsfolgesachen anhängig	57.942	63.102	43.249
davon betrafen			
1. Übertragung oder Entziehung der elterl. Sorge	2.426	2.842	2.126
2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	640	667	505
3. Herausgabe eines Kindes	13	10	8
4. Unterhalt für ein Kind	947	1.225	826
5. Unterhalt für den Ehegatten	3.272	3.362	2.286
6. Versorgungsausgleich	48.035	52.113	35.411
7. Wohnung, Hausrat	894	929	633
8. eheliches Güterrecht	1.706	1.942	1.449
9. Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	7	8	2
10. Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	2	4	3
e) Die erledigten Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen betrafen			
1. Übertragung oder Entziehung der elterl. Sorge	19.393	23.927	16.885
2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	9.540	11.884	8.410
3. Herausgabe eines Kindes	723	573	423
4. Unterhalt für ein Kind	22.367	25.071	16.668
5. Unterhalt für Verwandte (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	2.413	716	377
6. Unterhalt für den Ehegatten	16.069	17.062	10.219
7. Versorgungsausgleich	1.579	1.150	806
8. Wohnung, Hausrat	2.508	2.468	1.522
9. eheliches Güterrecht	1.463	1.386	920
10. Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	4.544	4.797	3.308
11. Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	2.381	2.559	1.743
12. sonstiger Gegenstand	1.603	1.701	1.366
f) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter waren	7.445	7.078	4.767
- vereinfachte Unterhaltsverfahren	6.016	5.991	4.056
<u>III. Insolvenzverfahren</u>			
Eröffnete			
1. Insolvenzverfahren	9.206	9.197	10.190
2. Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren	25.348	23.631	25.057

3. Insolvenzverfahren nach Europäischen Recht	15	42	52
<u>IV. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>			
1. Standesamtssachen	2.980	3.478	1.939
2. Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	156	150	123
3. Erledigungen von Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz			
a) Berechtigungsschein erteilt auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtsuchenden	80.332	83.850	93.672
b) Berechtigungsschein erteilt auf einen mit Hilfe einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts und/oder nachträglich gestellten Antrags	104.916	99.516	97.989
c) Antrag auf Erteilung eines Berechtigungsscheines schriftlich zurückgewiesen	7.510	9.208	9.784
d) Übermittlung oder Ablehnung eines Ersuchens gem. § 10 Abs. 3 BerGH	381	992	531
4. Art der durch die Rechtsanwaltschaft gewährte Beratungshilfe			
a) Beratung und Auskunft (Nr. 2501, 2502 VV RVG)	30.104	29.785	30.534
b) Vertretung (Nr. 2503 - 2507 VV RVG)	107.812	103.725	110.307
c) Abschluss eines Vergleichs oder Erledigung der Rechtssache (Nr. 2508 VV RVG)	11.480	10.374	10.081
5. Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	25.678	19.348	19.555
6. Grundbuchsachen eingereichte Urkunden betreffend			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und	336.396	333.812	326.383
b) III	779.968	786.358	792.497
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	12.070	11.259	11.102
7. Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentsachen (IV)	93.833	95.136	97.079
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	90.341	93.859	100.829
8. Am Jahresschluss blieben anhängig			
a) Betreuungen	290.207	301.783	302.483
b) Vormundschaften	18.669	18.618	13.055
c) Pfllegschaften	17.994	18.891	14.008
Gesamtzahl	326.870	339.292	329.546
9. Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung	57.822	58.006	57.719
10. Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	4.763	6.593	6.974
11. Betreuungen	80.432	83.459	85.816
12. Adoptionssachen	2.392	2.600	1.782
13. Registersachen			
a) Eingetragene Vereine			
Eintragungen	3.929	4.244	3.526
Löschungen	2.062	2.404	2.210
Bestand am Jahresende	113.535	114.671	112.243*
*Verwerfungen durch Registerkonzentration im Jahr 2009			
b) Güterrechtsregister			
Eintragungen	326	354	317
Löschungen	48	64	52
c) Partnerschaftsregister			
Eintragungen	123	199	176
Löschungen	26	132	59
Bestand am Jahresende	1.570	1.504	1.621

d)	In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften Kommanditgesellschaften			
	Eintragungen	7.014	-	-
	Löschungen	5.231	-	-
	Bestand am Jahresende	99.884	-	-
	Eintragungen ins Handelsregister A *			
e)	Einzelkaufmänner/Einzelkauffrauen			
	Eintragungen	-	1.785	1.728
	Löschungen	-	2.204	2.134
	Bestand am Jahresende	-	37.307	36.939
f)	Offene Handelsgesellschaften			
	Eintragungen	-	429	359
	Löschungen	-	414	385
	Bestand am Jahresende	-	5.765	5.700
g)	Kommanditgesellschaften			
	Eintragungen	-	4.198	3.965
	Löschungen	-	3.047	3.118
	Bestand am Jahresende	-	54.116	54.958
h)	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung			
	Eintragungen	-	3	3
	Löschungen	-	2	2
	Bestand am Jahresende	-	39	41
i)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRA			
	Eintragungen	-	6	1
	Löschungen	-	4	2
	Bestand am Jahresende	-	25	24
k)	HRA Juristische Personen			
	Eintragungen	-	3	3
	Löschungen	-	1	5
	Bestand am Jahresende	-	202	199
	Eintragungen ins Handelsregister B			
l)	Aktiengesellschaften			
	Eintragungen	315	307	211
	Löschungen	454	296	270
	Bestand am Jahresende	3.553	3.434	3.375
m)	Kommanditgesellschaften auf Aktien			
	Eintragungen	5	1	4
	Löschungen	3	1	2
	Bestand am Jahresende	43	41	43
n)	Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	Eintragungen	16.907	16.093	20.313
	Löschungen	12.686	12.673	12.256
	Bestand am Jahresende	220.837	219.293	227.366
o)	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit			
	Eintragungen	-	-	-
	Löschungen	2	1	-
	Bestand am Jahresende	25	24	23
p)	Europäische Aktiengesellschaften (SE) *			
	Eintragungen	-	13	11
	Löschungen	-	3	4
	Bestand am Jahresende	-	15	22
r)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRB *			
	Eintragungen	-	1.169	632
	Löschungen	-	539	786

Bestand am Jahresende	-	4.482	4.324
s) Eingetragene Genossenschaften			
Eintragungen	24	29	52
Löschungen	212	35	33
Bestand am Jahresende	894	876	896
t) Musterregister			
Löschungen	256	221	291
u) Seeschiffe			
Eintragungen	28	27	21
Löschungen	24	29	28
Bestand am Jahresende	752	750	743
v) Binnenschiffe			
Eintragungen	77	59	82
Löschungen	45	41	35
Bestand am Jahresende	1.676	1.694	1.739
14. Kirchnaustritte	48.220	63.509	58.139
15. Unterbringungssachen			
a) auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung	2.898	2.947	3.406
b) darunter Verfahren über Abschiebehaft gem. § 62 AufenthG sowie über Haft nach § 15 Abs. 4 und § 57 Abs. 3 AufenthG	2.474	2.451	2.652
16. Landwirtschaftssachen	4.676	4.776	4.197

* wird seit 2008 im Einzelnen erhoben

B. Strafsachen und Bußgeldverfahren

I. Strafsachen

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	209.982	209.129	207.183
2. Erledigte Verfahren	207.219	211.993	214.707
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	77.542	74.694	67.228
b) Erledigte Verfahren	207.219	211.993	214.707
darunter waren			
1. Anklagen	172.168	177.407	178.755
2. Beschleunigte Verfahren	1.097	964	1.103
3. Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1.241	1.388	1.585
4. Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3 StPO	1.595	1.747	1.860
5. Einsprüche gegen Strafbefehle	30.719	29.928	30.737
6. Privatklageverfahren	73	87	100
7. Objektive Verfahren	180	152	110
8. Nachverfahren nach § 439 StPO	3	3	9
9. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	8	7	9
10. Sicherungsverfahren	3	3	3
c) Urteile	88.769	91.505	91.307
d) Hauptverhandlungen	162.182	165.707	169.057

II. Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung			
-------------------------	--	--	--

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	89.493	88.041	89.222
2. Erledigte Verfahren	86.382	89.108	88.630
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	26.148	25.091	25.151
b) Erledigte Verfahren	86.382	89.108	88.629
darunter waren			
Einspruch gegen Bußgeldbescheid	86.335	89.055	88.587
c) Urteile	24.458	24.979	24.276
d) Verfahren mit Hauptverhandlung	44.996	47.196	46.020
e) Erzwingungshaftanträge	132.372	121.923	117.880
<u>C. Rechtshilfesachen</u>			
1. Ersuchen an das Amtsgericht	69.842	70.256	50.202
darvon Zuständigkeit			
a) des Richters	31.748	29.711	17.427
b) des Rechtspflegers	38.094	40.545	32.775
2. Ersuchen an die Geschäftsstelle	84.638	79.207	64.812
<u>D. Hinterlegungssachen</u>			
Zahl der anhängig gewordenen Sachen	10.582	11.076	11.733
<u>Teil II. Landgerichte</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in 1. Instanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	84.962	85.624	86.206
2. Erledigte Verfahren	86.249	83.286	83.582
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	64.194	66.199	68.717
b) Erledigte Verfahren	86.249	83.286	83.582
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	5	5	2
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	577	482	403
3. Klageverfahren	74.495	73.847	75.361
4. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	6.051	5.674	5.676
5. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	5.121	3.278	2.140
<u>II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	15.467	15.852	15.364
2. Erledigte Verfahren	15.931	15.478	15.384

3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	7.488	7.962	7.945
b) Erledigte Verfahren	15.931	15.477	15.384
davon waren			
1. Berufungen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	3	9	1
2. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	34	44	42
3. Berufungsverfahren	15.759	15.226	15.184
4. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	135	198	147
<u>III. Beschwerden</u>			
Eingänge insgesamt	21.418	30.528	34.435
davon waren			
1. Beschwerden in WEG-Sachen	1.639	718	381
2. Nachlassbeschwerden	499	479	475
3. Betreuungsbeschwerden	2.936	3.103	2.872
4. Beschwerden in Insolvenzsachen	849	769	940
5. Beschwerden in Kostensachen	1.740	1.187	1.153
6. Sonstige Beschwerden in FGG-Sachen	2.949	13.442	18.043
7. Sonstige Beschwerden (ohne FGG-Sachen)	10.806	10.830	10.571
<u>B. Strafsachen</u>			
<u>I. Strafsachen in 1. Instanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.667	3.519	3.745
2. Erledigte Verfahren	3.540	3.477	3.648
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.537	1.559	1.659
b) Erledigte Verfahren	3.540	3.477	3.648
darunter waren			
1. Anklagen	3.046	3.082	3.185
2. Objektive Verfahren	-	4	-
3. Nachverfahren nach § 439 StPO	3	-	3
4. Sicherungsverfahren	98	54	70
5. Vorlagen/Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	245	214	244
6. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	11	7	6
c) Urteile	2.418	2.349	2.404
d) Hauptverhandlungen	2.790	2.673	2.709
<u>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	12.726	12.184	11.840
2. Erledigte Verfahren	12.480	12.279	11.905
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.468	4.295	4.225
b) Erledigte Verfahren	12.480	12.279	11.905

darunter waren			
1. Offizialverfahren	12.297	10.028	9.671
2. Privatklageverfahren	12	4	1
c) Urteile	5.847	6.077	5.555
d) Hauptverhandlungen	10.037	10.094	9.733
<u>III. Beschwerden</u>			
Eingänge	11.106	11.069	9.812
<u>IV. Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer</u>			
Verfahren nach §§ 462 a, 463 StPO vor der			
1. großen	1.894	1.964	2.046
2. kleinen	23.854	23.499	23.933
Strafvollstreckungskammer			
<u>Teil III. Staatsanwaltschaften</u>			
<u>A. Ermittlungsverfahren</u>			
a) Geschäftsentwicklung (Js-Sachen)			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.151.466	1.169.214	1.089.000
2. Erledigte Verfahren	1.170.574	1.184.564	1.089.401
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	148.336	132.523	130.869
davon			
aa) staatsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	630.259	655.804	572.563
2. Erledigte Verfahren	650.032	666.355	572.928
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	90.494	79.679	78.728
bb) amtsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	521.207	513.410	516.437
2. Erledigte Verfahren	520.542	518.209	516.473
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	57.842	52.844	52.141
b) Erledigte Verfahren	1.170.574	1.184.564	1.089.401
davon wurden beendet durch			
1. Anklage vor dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	2.336	2.327	2.399
2. Anklage vor dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	20.788	20.173	19.448
3. Anklage vor dem Strafrichter, dem Jugendrichter	132.822	133.972	129.171
4. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	113.295	110.934	107.052
5. Einstellung oder Zurückweisung	704.079	706.161	650.787
6. Entscheidung im beschleunigtem Verfahren	1.461	1.321	1.516
7. Vereinfachtes Jugendverfahren	1.929	2.366	2.254
8. Andere Art der Erledigung	193.864	207.310	176.774
c) Verfahren wegen Straftaten im Straßenverkehr	181.010	177.448	170.633
d) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1.407.326	1.414.602	1.303.548

davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	181.095	181.310	173.731
2. gegen die Strafbefehl beantragt wurde	115.378	113.002	108.969
3. bezüglich derer sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	1.110.853	1.120.290	1.020.848
e) Die erledigten Verfahren betrafen			
1. 1 Person	1.009.400	1.028.426	943.868
2. 2 Personen	119.777	116.089	108.323
3. 3 Personen	25.257	24.476	22.800
4. 4 bis 10 Personen	15.473	14.990	13.855
5. 11 und mehr Personen	475	481	431
f) Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs-Sachen)	886.492	873.761	841.749
g) Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	90.453	89.056	89.397
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>			
a) Gnadensachen	3.995	4.040	3.918
b) Entschädigungssachen nach dem StrEG	838	681	753
c) Zivilsachen	31	22	16
d) Rechtshilfesachen	10.122	9.847	10.289
e) Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	285.285	287.195	271.483
<u>Teil IV. Oberlandesgericht</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Berufungen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	12.776	12.287	12.906
2. Erledigte Verfahren	12.261	12.607	12.308
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	8.232	7.913	8.512
b) Erledigte Verfahren	12.261	12.607	12.308
davon waren			
1. Berufungen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	10	6	7
2. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	130	133	218
3. Berufungsverfahren	12.049	12.432	12.053
4. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	72	36	29
<u>II. Beschwerden</u>			
Eingänge	7.090	7.538	7.607
davon waren			
1. Beschwerden in Landwirtschaftssachen	51	39	40
2. Verfahren nach § 23 EGGVG	31	43	30
3. Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO	1.273	1.112	1.039

4. Sonstige Beschwerden	5.735	6.344	6.498
<u>B. Familiensachen (Jahr 2009 = Januar bis August)</u>			
<u>I. Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	7.090	6.753	4.477
2. Erledigte Verfahren	7.135	6.727	4.509
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.927	2.959	2.927
b) Erledigte Verfahren	7.135	6.727	4.509
davon waren			
1. Scheidungsverfahren mit Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	182	180	132
2. Scheidungsverfahren ohne die Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	1.296	1.242	835
3. andere Eheverfahren mit Anfechtung des Urteils in der Ehesache	3	3	1
4. andere Eheverfahren ohne Anfechtung des Urteils in der Ehesache	17	22	8
5. Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	117	192	182
6. Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	5.486	5.071	3.343
7. Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft mit Anfechtung des die Aufhebung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	3	3	-
8. Verfahren zur Aufhebung der Lebenspartnerschaft ohne Anfechtung des die Aufhebung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	-	-	2
9. sonstige Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	1	3	1
10. Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	30	11	5
c) Die Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen betrafen			
1. Übertragung oder Enziehung der elterl. Sorge	722	857	614
2. Regelung des Umgangs mit dem Kinde	393	373	253
3. Herausgabe eines Kindes	34	30	6
4. Unterhalt für ein Kind	1.626	1.486	960
5. Unterhalt für sonstige Verwandte (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	177	106	70
6. Unterhalt für den Ehegatten	2.233	2.017	1.342
7. Versorgungsausgleich	300	278	133
8. Wohnung, Hausrat	94	112	61
9. eheliches Güterrecht	187	148	120
10. Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	49	53	34
11. Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	11	4	21
12. sonstiger Gegenstand	115	128	79
f) Unter den erledigten Verfahren hatten einen Versorgungsausgleich zum Gegenstand	1.191	1.129	714
g) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	13	18	10
<u>II. Sonstige Beschwerden</u>			
Eingänge			
1. Prozesskostenhilfe	5.855	5.494	3.513

2. Einstweilige Anordnung über			
aa) elterl. Sorge	179	224	187
bb) Herausgabe eines Kindes	21	51	21
cc) Ehewohnung	32	29	21
3. Aussetzung des Scheidungsverfahrens	-	2	-
4. Wert des Verfahrensgegenstandes	389	343	244
5. Kostenangelegenheit	527	545	402
6. sonstige Angelegenheit	921	1.212	747
<u>C. Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
<u>I. Strafsachen in 1. Instanz</u>			
Eingänge (Geschäftsanfall)	2	6	3
<u>II. Revisionen und Rechtsbeschwerden in Buß-</u>			
<u> <u>geldverfahren</u></u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.959	3.095	3.161
2. Erledigte Verfahren	2.938	3.080	3.143
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	254	265	283
b) Erledigte Verfahren	2.938	3.080	3.143
davon waren			
1. Officialverfahren	1.340	1.315	1.305
2. Privatklageverfahren	6	5	5
3. Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	716	783	743
4. Zulassungsanträge	876	977	1.090
c) Urteile (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	24	34	40
d) Hauptverhandlungen (ab 1989 nur bei Revisionsinstanz)	29	39	41
<u>Teil V. Generalstaatsanwaltschaften</u>			
<u>A. Ermittlungsverfahren OJs</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1	-	-
2. Erledigte Verfahren	1	1	-
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1	-	-
b) Erledigte Verfahren	1	1	-
davon wurden erledigt			
1. durch Anklage vor dem Oberlandesgericht	-	-	-
2. durch Einstellung oder Zurückweisung	1	1	-
3. auf sonstige Weise	-	-	-
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1	1	-
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	-	-	-

2. bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	1	1	-
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>			
a) Revisionen	1.646	1.423	1.372
b) Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	667	710	727
c) Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	3.939	3.952	3.954
d) Beschwerden gegen Bescheide von Staats- / Anwälten	9.423	9.485	9.524
e) Haftprüfungsverfahren	514	548	373
f) Aus- und Durchlieferungsverfahren	757	841	968
g) Gnadensachen	6	3	4
h) Entschädigungssachen nach dem StrEG	576	594	512
<u>Teil VI. Verwaltungsgerichte</u>			
<u>A. Hauptverfahren</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	27.006	39.368	36.552
2. Erledigte Verfahren	29.227	35.846	35.547
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	23.621	27.139	28.137
<u>B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			
a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.938	3.438	3.419
2. Erledigte Verfahren	3.188	3.155	3.522
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.376	1.658	1.548
b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	8.440	8.401	8.076
2. Erledigte Verfahren	8.476	8.382	8.106
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.113	1.131	1.101
<u>C. Sonstige Verfahren</u>			
1. Vollstreckungsverfahren	400	447	529
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	119	239	223
<u>Teil VII. Oberverwaltungsgericht</u>			
<u>A. Erstinstanzliche Hauptverfahren</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	143	149	159
2. Erledigte Verfahren	156	140	161
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	189	198	196
<u>B. Berufungen</u>			
<u>Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in</u>			

Disziplinarverfahren

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	4.316	4.122	3.511
2. Erledigte Verfahren	4.642	4.094	3.785
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.588	3.616	3.342

C. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

a) der Numerus-clausus-Sachen

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	164	271	430
2. Erledigte Verfahren	202	283	430
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	16	4	4

b) der sonstigen Verfahren

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.110	1.929	1.853
2. Erledigte Verfahren	2.347	1.910	1.897
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	408	427	386

D. Sonstige Verfahren

1. Sonstige Beschwerden	1.418	1.726	1.763
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	9	36	38

Teil VIII. Finanzgerichte**A. Klagen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	13.451	12.834	11.944
2. Erledigte Verfahren	14.473	13.674	12.770
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	17.192	16.343	15.508

B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.367	2.070	2.105
2. Erledigte Verfahren	2.327	2.131	2.089
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	472	410	425

Teil IX. Sozialgerichte**A. Klagen**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	72.707	71.900	78.429
2. Erledigte Verfahren	66.409	69.016	74.528
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	77.082	79.950	83.811

B. Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	7.540	8.262	8.721
2. Erledigte Verfahren	7.398	8.300	8.688
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	864	824	855
<u>Teil X. Landessozialgericht</u>			
<u>A. Berufungen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	4.928	4.503	4.341
2. Erledigte Verfahren	4.499	4.668	5.224
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	5.321	5.144	4.225
<u>B. Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	26	21	29
2. Erledigte Verfahren	23	22	24
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4	3	8
<u>C. sonstige Beschwerden</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.657	2.538	2.922
2. Erledigte Verfahren	2.623	2.537	2.660
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	606	600	879
<u>Teil XI. Arbeitsgerichte</u>			
<u>A. Klagen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	103.314	104.311	116.022
2. Erledigte Verfahren	103.049	102.488	111.038
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	29.439	31.243	36.148
<u>B. Beschlussverfahren</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.380	3.486	2.758
2. Erledigte Verfahren	3.316	3.610	2.633
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	933	808	931
<u>Teil XII. Landesarbeitsgerichte</u>			
<u>A. Berufungen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	5.327	4.688	4.296
2. Erledigte Verfahren	4.863	4.884	4.305
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.334	2.140	2.127
<u>B. Beschwerdeverfahren in Beschussachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG</u>			

Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	358	617	338
2. Erledigte Verfahren	357	382	582
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	134	367	120
<u>C. Beschwerdeverfahren</u>			
<u>nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.917	1.944	2.066
2. Erledigte Verfahren	1.895	1.863	2.117
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	324	435	402

Personalnachrichten

Justizministerium

Ernannt:

z. **Ministerialrätin** – BesGr. B 2 -: Regierungsdirektorin Beate Wandelt.

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Vors. Richterin am OLG**: Richterin am OLG Barbara Havliza; z. **Richterin am LG**: Richterin Britta Nies in Düsseldorf; z. **Richterin am AG**: Richterin Dr. Claudia Menzel in Mettmann; z. **Regierungsdirektor**: Oberregierungsrat Erwin Ruff b. d. OLG; z. **Justizamtsrat**: Justizamtmann Franz Coersten u. Siegfried Richter in Mönchengladbach; z. **Sozialoberinspektor/in**: Sozialinspektor/in Michaela Tepe in Duisburg, Wolfram Balzer-Kröhling, Christian Fonck-Ueltgesforth, Thomas Horvath u. Michael Sensen in Kleve, Sandra Köllen, Claudia Schneider u. Bianca Weyers-Stroinsky in Krefeld u. Alexandra Wigger in Wuppertal; z. **Justizobersekretärin**: Justizsekretärin Kerstin Aal b. d. OLG, Claudia van Kolck in Düsseldorf, Simone Düpree in Duisburg, Sandra Müllers in Kempen, Susanne Seelbinder in Viersen u. Brigitte Adams in Söling.

Versetzt:

Richter am AG Thomas Hubert aus Rheinberg nach Moers u. Richter am LG Sebastian Ostermann aus Kleve als Richter am AG nach Moers.

Ausgeschieden:

Justizobersekretärin Eva Meurs in Kleve auf eigenen Antrag.

Ruhestand:

Richter am AG Jochen Becher in Viersen; Justizamtsinspektorin Ursula Bitters in Duisburg u. Sabine Vedder in Duisburg-Hamborn.

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin Christina Schreiner, Jenny-Marie Tüting u. Justina Zlobinski.

Staatsanwaltschaften

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Stephanie Ringelmann u. Jochen Werner.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Direktor des AG** - Bes.Gr. R 2 m. AZ -: Direktor des AG - Bes.Gr. R 2 – Volkert Borchert aus Schwerte in Iserlohn, z. **Direktor des AG** - Bes.Gr. R 2 -: Direktor des AG - Bes.Gr. R 1 m. AZ – Thomas Schulze in Meschede, z. **Richter/in am OLG**: Richter/in am LG Simone Kleinod aus Arnsberg, Roberto Bučić aus Bochum, Franz-Josef Neetix aus Münster und Richter am AG Oliver Klimberg aus Lippstadt; z. **Richterin am AG**: Richterin Ji-Young Laqua, Christine Schmitt, Katrina Zepper in Dortmund und Anne Gschweng in Siegen.

Ruhestand:

Vors. Richterin am LG Erdmuthe Hoffmann in Bielefeld, Richterin am LG Annelene Bextermöller in Detmold, Richterin am AG Heidemarie Kröger in Hagen und Richter am AG Heribert Lattekamp in Marl.

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Daniel Bartmann, Vievienne Bock, Wiebke Droste, Marc Gährken und Katharina Greve.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Justizamtsinspektor/in** - BesGr. A 9 m. AZ - : Justizamtsinspektor/in Peter Regendantz in Bochum u. Roswitha Färber-Wolters in Hagen; z. **Justizamtsinspektorin**: Justizhauptsekretärin Karin Kater in Essen; z. **Justizhauptsekretär/in**: Justizobersekretär/in Peter Lang in Bochum und Gabriele Busch in Essen; z. **Justizhauptwachtmeisterin**: Justizoberwachtmeisterin Anne Gerfen in Paderborn.

Versetzt:

Staatsanwältin Silke Bedranowsky aus Arnsberg nach Dortmund.

Ruhestand:

Staatsanwältin Brigitte Behrmann in Münster und Justizamtsrätin Sylvia Knierim in Hagen.

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin: Ellen Sagurski.

Rechtsanwältin/Rechtsanwälte u. Notarin/Notare

Eingetragen in die Anwaltsliste:

Christian Gurges LL.M. in Münster, Sabine Köhler in Arnsberg, Adrian Rusin (bisher RAK Düsseldorf) in Herten, Dr. Thankmar Wagner (bisher RAK Düsseldorf) in Münster.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte u. Notare Karl-Otto Pühler und Jürgen Voigt in Dortmund.

Gelöscht:

Dr. Helmut Kahlert in Hamm, Dorothea Dees in Bielefeld, Christian Unterthiner in Bochum, Axel Staubach in Verl, Claas Peitz in Bochum, Dr. Heike Rüping in Kamen, Claudia Han in Paderborn, Uwe P. Arndt in Bottrop.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Vizepräsidenten d. AG** - BesGr. R 3 -: Leitender Ministerialrat - BesGr. B 4 - Henning Banke in Köln; z. **Vors. Richter am LG**: Richter am LG Holger Brantin u. Hans Günter Görden in Aachen; z. **Richterin am AG - als weitere Aufsicht führende Richterin** -: Richterin am AG Edith Kessel-Crevelin in Aachen; z. **Richterin am AG**: Richterin Daniela Fink-Jamann in Bergheim u. Stephanie Scholl in Leverkusen; z. **Justizamtsrätin**: Justizamtsfrau Alexandra Klein in Wipperfürth z. **Justizamtsfrau**: Justizoberinspektorin Silkie Schwaiger in Euskirchen; z. **Justizsekretär**: Justizhauptwachtmeister René Drexelius in Bonn (Berichtigung der Veröffentlichung im JMBl. NRW Nr. 11 vom 1. Juni 2010).

Versetzt:

Richter am LG Peter Lüttgen als Richter am AG aus Duisburg nach Düren.

Übernommen:

Daniel Jung aus Bayern.

Ruhestand:

Richterin am AG Maria Schwellenbach in Bergisch Gladbach, Richter am AG Karlhans Fuchs in Köln u. Justizoberamtsrätin - BesGr. A 13 - Kordula Vorrath in Bonn.

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin Petra Wollwert.

Staatsanwaltschaften

Ruhestand:

Oberstaatsanwalt Werner Wenzel b. d. GStA.

OVG und Verwaltungsgerichte

Ernannt:

z. **Vors. Richter am OVG**: Richter am OVG Detlev Klein Altstedde, Jens Saurenhaus u. Dr. Otmar Schneider; z. **Richter/in am OVG** Richter/in am VG Karen Keller, Dr. Rainer Maske u. Peter Roitzheim aus Aachen, Maik Borgschulze, Dr. Lars Duesmann u. Dr. Siegbert Gatawis aus Gelsenkirchen, Dr. Carsten Günther aus Köln u. Dr. Jörg Rohde aus Münster; z. **Vors. Richter am VG**: Richter am VG Volker Lemke in Arnsberg, Dr. Peter Henke in Gelsenkirchen u. Roland Schomann in Minden; z. **Richter am VG**: Richter Dr. Tobias Trierweiler in Gelsenkirchen; z. **Regierungsoberamtsrätin**: Regierungsamtsrätin Jutta Spitzbarth in Gelsenkirchen.

Amtsübertragung:

Justizamtsinspektorin – BesGr. A 9 m. AZ. –: Justizamtsinspektorin Petra Kamsel in Düsseldorf.

Versetzt:

Richter am OVG Andreas Brüggemann als Vors. Richter am VG nach Gelsenkirchen, Richter/in am VG Dr. Christiane Busch aus Köln nach Düsseldorf, Ralf Redeker aus Greifswald nach Münster u. Dr. Klaus Weisel aus Köln nach Gelsenkirchen.

Ausgeschieden:

Richterin am OVG Susanne Tyczewski auf eigenen Antrag.

Ruhestand:

Vors. Richter/in am OVG Peter Schroiff, Heinz Michael Tuschen u. Renate Wolff; Vors. Richter am VG Ulrich Crummenerl u. Friedhelm Peters in Arnsberg, Ulrich Osthoff in Minden und Klaus Deibel in Münster; Richter/in Petra Klapdor in Gelsenkirchen u. Dr. Bartold Busse in Köln; Regierungsamtsinsp.in – BesGr. A 9 m. AZ. – Michèle Hesse in Aachen.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Iris Beermann, Dr. Jan Diukers, Julia Enders, Dr. Katrin Haghgu, Philipp Hornung, Dr. Michael Ott, Ludger Pflug, Kristina Schmidt-Besler, Nadja Suhre, Dr. Christopher Verlage, Dr. Gerd Viegener u. Helena Wilm.

Übernommen:

Richterin/Richter Meike Ansorge vom LG Aachen u. Dr. Christoph Schewe vom SG Dortmund.

Versetzt:

Richterin Debora Dihlmann an das SG Dortmund.

Finanzgerichte

Ernannt:

z. **Richter am FG**: Richter Dr. Bernd Füssenich u. Dr. Christian Graw in Düsseldorf.

Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Nils Brettschneider in Münster.

LAG-Bezirk Düsseldorf

Ernannt:

z. **Vizepräsident d. LAG** – BesGr R 3 m. AZ. -: Vorsitzender Richter am LAG Georg Goeke.

Richter/Richterin auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Dr. Claudia Hagedorn u. Dr. Christian Kallos.

LAG-Bezirk Hamm

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

z. **Richterin am Arbeitsgericht**: Richterin Miriam Wanko in Bocholt; z. **Regierungsamtfrau**: Regierungsoberinspektorin Maike Gehrke in Rheine.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Pfarrer**: (BesGr. A 14) Pfarrer Michael Drees; z. **Justizvollzugsamtsinspektor** – BesGr. A 9 m. AZ -: Justizvollzugsamtsinspektor Jochen Esser in Kleve, Wilfried Horn in Castrop-Rauxel u. Alfred Groß in Wuppertal; z. **Betriebsinspektor** - BesGr. A 9 m. AZ -: Norbert Böhmer in Kleve; z. **Justizvollzugsamtsinspektor**: Justizvollzugshauptsekretär Norbert Berson in Kleve, Frank Cittrich in Moers-Kapellen, Mario Aigner in Castrop-Rauxel; z. **Betriebsinspektor**: Hauptwerkmeister Detlef Rosenboom in Kleve; z. **Justizvollzugshauptsekretär**: Justizvollzugsobersekretär/in Thomas Stommel in Hagen, Pascal Hoyer und Stefan Poschmann in Kleve, Michaela Carannante-Herbrand und Michael Novacki in Castrop-Rauxel, Marco Wardecki in Moers-Kapellen; z. **Regierungsobersekretär/in**: Regierungssekretär/in Stephanie Schalke in Bochum-Langendreer, Christian Dahl in Geldern u. Nina Kill in Duisburg-Hamborn.

Ruhestand:

Justizvollzugsamtsinspektor Theodor Ingenhorst in Moers-Kapellen (Berichtigung der Veröffentlichung vom 15. Juni 2010).

Verstorben:

Leitender Regierungsdirektor Henning Köster in Bochum.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen um folgende Stellen entgegengesehen:

- | | |
|------|---|
| 1 | Vors. Richter/in am OLG (R 3) in Köln |
| 1 | Vizepräsident/in des LG (R 2 m. AZ.) in Arnsberg |
| je 1 | Direktor/in d. AG (R 2 m. AZ.) in Bad Oeynhausen, Gütersloh und Paderborn |
| 1 | Oberstaatsanwalt/-anwältin - als d. std. Vertr. e. LOStA – (R2 m. AZ.) b. d. StA in Münster |
| je 1 | Direktor/in d. AG (R 2) in Minden und Gronau |
| 1 | Vors. Richter/in am LG (R 2) in Essen |
| 1 | Vors. Richter/in am VG in Düsseldorf |
| 1 | Richter/in am VG in Arnsberg |
| 1 | Richter/in am AG in Menden |
| 1 | Richter/in am AG in Siegen |
| 1 | Richter/in am AG in Ibbenbüren |
| 1 | Regierungsdirektor/in – Wirtschaftsreferent/in – b. d. StA Bonn |

- 1 o. mehrere Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes in dem LG-Bezirk Arnberg mit noch näher zu bestimmendem Dienstsitz.
- Es handelt sich um befristet zu besetzende Stellen für Fachkräfte des ambulanten Sozialen Dienstes im Beschäftigtenverhältnis (Entgeltgruppe 10 TV-L). Einstellungs Voraussetzung ist der erfolgreiche Abschluss des Studiums der Sozialarbeit oder der Sozialpädagogik und die staatliche Anerkennung. Bewerbungen sind mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (handschriftlich geschriebener Lebenslauf, Studiumsabschluss, Zeugnisablichtungen, Tätigkeitsnachweise) bis zum 15.07.2010 an den Präsidenten des Landgerichts Arnberg zu richten.
- 1 Betriebsinspektor/in (A 9 m. AZ.) – Leiter/in des Werkdienstes b. d. JVA Castrop-Rauxel - das Anforderungsprofil kann beim Leiter der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel angefordert werden -
- 1 Betriebsinspektor/in (A 9 m. AZ.) – Werkdienstleiter/in - b. d. JVA Essen - das Anforderungsprofil kann beim Leiter der Justizvollzugsanstalt Essen angefordert werden –
- 1 Betriebsinspektor/in (A 9 m. AZ.) – Leiter/in d. Druckerei – b. d. JVA Willich I
- 1 Betriebsinspektor/in b. d. JVA Essen
- 1 Betriebsinspektor/in b. d. JVA Geldern
- mehrere Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Essen
- 2 Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Castrop-Rauxel
- mehrere Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Iserlohn
- 1 Regierungshauptsekretär/in b. d. Sozialtherapeutischen Anstalt Gelsenkirchen
- 2 Hauptwerkmeister/in b. d. JVA Herford
- mehrere Hauptwerkmeister/in b. d. JVA Geldern
- 1 Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (A 6) - Leiter/in der Wachtmeisterei - b. d. AG Duisburg-Ruhrort
- 1 Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (A 6) – stellv. Leiter/in der Wachtmeisterei - b. d. StA Bonn
- 1 Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (A 6) – Leiter/in der Wachtmeisterei – b. d. Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt.

Geschäftsleiter/in b. d. Amtsgericht Kleve

Bei dem AG Kleve ist demnächst der Dienstposten der Geschäftsleiterin/des Geschäftsleiters zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 12 bis A 13 (gehobener Dienst) zugeordnet. Bewerben können sich alle Beamtinnen/Beamte des gehobenen Dienstes, denen ein Amt bis zu BesGr. A 13 übertragen ist.

Geschäftsleiter/in b. d. Amtsgericht Velbert

Bei dem AG Velbert ist demnächst der Dienstposten der Geschäftsleiterin/des Geschäftsleiters zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 12 bis A 13 (gehobener Dienst) zugeordnet. Bewerben können sich alle Beamtinnen/Beamte des gehobenen Dienstes, denen ein Amt bis zu BesGr. A 13 übertragen ist.

Stellvertretende/r Geschäftsleiter/in b. d. Oberlandesgericht Düsseldorf

Bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf ist demnächst der Dienstposten der/des stellvertretenden Geschäftsleiterin/Geschäftsleiters zu besetzen. Die Funktion ist der BesGr. A 12 zugeordnet. Bewerbungen können sich alle Beamtinnen/Beamte des gehobenen Dienstes, denen ein Amt bis zu BesGr. A 12 übertragen ist.

Ausbildung zur/m Justizfachangestellten

Die schriftliche Abschlussprüfung der Auszubildenden zur/m Justizfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen findet am 11. und 12. November 2010 statt. An dieser Prüfung nehmen auch die Auszubildenden teil, die die Abschlussprüfung im Juni/Juli 2010 nicht bestehen oder die aus wichtigem Grund nicht an der Abschlussprüfung im Juni/Juli 2010 teilnehmen können.

Anmeldungen zu dieser Prüfung sind schriftlich nach den von den zuständigen Stellen in Kürze bestimmten Anmeldeformularen, bis zum 17.09.2010, durch den Auszubildenden oder die Auszubildende mit Zustimmung des oder der Auszubildenden an die Präsidentin/den Präsidenten des Oberlandesgerichts zu richten, in dessen Bezirk die Ausbildungsstätte liegt.

In besonderen Fällen können Prüfungsbewerber selbst den Antrag auf Zulassung zur Prüfung stellen.

Der Anmeldung sind die in § 10 Abs. 4 und § 24 Abs. 4 S. 2 der Prüfungsordnung für den Ausbildungsberuf der/s Justizfachangestellten für die Durchführung von Prüfungen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 09.04.1999 (GV. NRW. 1999 S. 142) i.d.F.v. 23.10.2001 (GV. NRW. 2001 S. 770) genannten Unterlagen sowie - ggf. - ein Antrag nach § 24 Abs. 3 der vorgenannten Prüfungsordnung beizufügen.

Berichtigung:

Die Ausschreibungen

- 1 Betriebsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Leiter/in d. Schreinerei - b. d. JVA Rheinbach,
- 1 Betriebsinspektor/in (A 9) - Leiter/in d. Schneiderei - b. d. JVA Rheinbach,

(JMBl. NRW Nr. 12 v. 15. Juni 2010) werden dahingehend berichtigt, dass es sich um Stellen der JVA Remscheid handelt.

Rücknahmen:

Die Ausschreibung einer Stelle für e. Vizepräsident/in des LG (R 3) in Arnsberg (JMBl. NRW Nr. 12 vom 15.06.2010) wird hiermit zurückgenommen.

Die Ausschreibung einer Stelle f. e. Betriebsinspektor/in - Systemadministrator/in, Fachkraft für Arbeitssicherheit - b. d. JVA Moers-Kapellen – (JMBl. NRW Nr. 12 vom 15. Juni 2010) wird hiermit zurückgenommen.